



Internationale Pressekonferenz des Staatsrats-Vorsitzenden der DDR, Walter Ulbricht, in Ost-Berlin, 15. Juni 1961

Abschrift

[Auszug]

Annamarie Doherr (Frankfurter Rundschau):

Ich möchte eine Zusatzfrage stellen: Herr Vorsitzender! Bedeutet die Bildung einer Freien Stadt Ihrer Meinung nach, daß die Staatsgrenze am Brandenburger Tor errichtet wird? Und sind Sie entschlossen, dieser Tatsache mit allen Konsequenzen Rechnung zu tragen?

Walter Ulbricht:

Ich verstehe Ihre Frage so, daß es in Westdeutschland Menschen gibt, die wünschen, daß wir die Bauarbeiter der Hauptstadt der DDR dazu mobilisieren, eine Mauer aufzurichten. Mir ist nicht bekannt, daß eine solche Absicht besteht. Die Bauarbeiter unserer Hauptstadt beschäftigen sich hauptsächlich mit Wohnungsbau, und ihre Arbeitskraft wird dafür voll eingesetzt. Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten. Ich habe vorhin schon gesagt: Wir sind für vertragliche Regelung der Beziehungen zwischen Westberlin und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Das ist der einfachste und normalste Weg zur Regelung dieser Fragen.

Die Staatsgrenze verläuft, wie bekannt, z.B. an der Elbe usw. Und das Territorium Westberlins gehört zum Territorium der Deutschen Demokratischen Republik. In gewissem Sinne gibt es selbstverständlich staatliche Grenzfragen auch zwischen Westberlin und der Deutschen Demokratischen Republik, wenn die Neutralisierung Westberlins erfolgt. Aber es besteht ein Unterschied zwischen den Regelungen, die für die Staatsgrenze mit Westdeutschland gelten, und den Regelungen, die für Berlin getroffen werden. [...]

[Quelle: Dokumente zur Deutschlandpolitik, hrsg. vom Bundesminister des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs, Reihe IV, Band 6, 2. Halbband (1. Juni bis 11. August 1961), München, Oldenburg 1975, S. 925 ff.]